

Informationsflusses das Verständnis und das Vertrauen von Volk zu Volk und von Mensch zu Mensch nachhaltig gestärkt werden können, hierin liegt eine weitere wichtige Voraussetzung für den Erfolg und die Beständigkeit der Ergebnisse, die die Konferenz erreichen soll. Die Liechtensteinische Regierung spricht sich auch mit Überzeugung für die Prinzipien des Völkerrechtes aus, welche den Verhaltensregeln zwischen den Teilnehmerstaaten zugrundeliegen sollen. Unter diesen erwähne ich den Verzicht auf die Androhung oder die Anwendung von Gewalt. Durch feierliche Erklärungen allein kann allerdings die Wirksamkeit des Gewaltverzichtes auf zwischenstaatlicher Ebene nicht genügend gewährleistet werden. Wie bekannt, unterstützt daher die Liechtensteinische Regierung alle Bestrebungen, die darauf abzielen, geeignete Methoden und verbindliche Mechanismen zur friedlichen Regelung von Streitfällen zu finden . . .

Aus der Erklärung von Regierungschef Dr. Alfred Hilbe anlässlich der 1. Phase der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki am 5. Juli 1973 – Liechtensteiner Vaterland, 7. Juli 1973

Während den der KSZE vorangegangenen Botschaftergesprächen in Helsinki bot sich im Jänner 1973 aufgrund einer Einladung des Rates der Interparlamentarischen Union einer Dreierdelegation von Abgeordneten des liechtensteinischen Landtages die Gelegenheit, an der Interparlamentarischen Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit in Helsinki teilzunehmen und an derselben aktiv mitzuarbeiten.

Rechenschafts-Bericht der Regierung des Fürstentums Liechtenstein an den Hohen Landtag, 1973, S. 37

Die Tätigkeit auf auswärtigem Gebiet war im Jahr 1974 wiederum stark ausgerichtet auf die Mitarbeit Liechtensteins an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese Konferenz setzte die zweite Phase ihrer Arbeiten in Genf unter Teilnahme von 35 Staaten mit wenigen Unterbrüchen über das ganze Jahr hinweg fort. Es wird im allgemeinen damit gerechnet, dass die recht umfangreichen Arbeiten im Jahr 1975 zum Abschluss gebracht werden können.

Rechenschafts-Bericht der Regierung des Fürstentums Liechtenstein an den Hohen Landtag, 1974, S. 52

Das Jahr 1975 war durch wichtige Ereignisse für die liechtensteinische Aussenpolitik gekennzeichnet. Dem Abschluss der 2. Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Genf folgte als 3. Phase das Treffen der Staats- und Regierungschefs der 35 Teilnehmerstaaten in Helsinki vom 30. Juli bis 1. August 1975. Die Schlussdokumente der Konferenz wurden am 1. August von den Hohen Vertretern der Teilnehmerstaaten, so auch vom liechtensteinischen Regierungschef unterzeichnet. Die internationale Beteiligung in einem derart umfassenden regionalen Rahmen stellt ein Novum in der jüngeren Geschichte des Fürstentums Liechtenstein dar und dokumentiert seinen Willen bei der Erörterung von Fragen, die die Zukunft des europäischen Kontinents berühren, in angemessener Weise mitzuwirken und seine Interessen zu wahren.

Rechenschafts-Bericht der Regierung des Fürstentums Liechtenstein an den Hohen Landtag, 1975, S. 57



Vom 30. Juli bis 1. August 1975 fand in Helsinki der Abschluss der 2. Phase der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt. Am Vormittag des 1. August führte Regierungschef Dr. Walter Kieber den Vorsitz über die Konferenz; neben ihm die übrigen Mitglieder der liechtensteinischen Delegation, Graf Anton Gerliczy-Burian, Leiter des Amtes für Internationale Beziehungen, Botschaftsrat Graf Mario Ledebur, Botschafter S. D. Prinz Heinrich von Liechtenstein